

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 57.

Freitag, den 19. Juli

1889.

Tagesgeschichte.

Alle Gerüchte von einem Gegensatz zwischen dem Reichskanzler Fürsten Bismarck und dem Chef des Generalstabes Grafen Waldersee, die wir von vorher als müßige Erfindungen bezeichnet haben, werden nunmehr als solche durch nachstehende Mitteilung der „Hamb. Nachr.“ gekennzeichnet. Diese Nachricht des Hamburger Blattes von der wunderbaren Weise das Wolff'sche Telegraphenbureau nichts gemeldet hat, lautet: „Aus Drontheim sendet uns der Chef des Generalstabes der Armee, Graf Waldersee, ein Telegramm, in welchem er die Nachricht dementirt, „der Chef des Generalstabes der Armee habe Sr. Maj. dem Kaiser eine Denkschrift überreicht, in welcher zum baldigen Kriege gegen Rußland gerathen wird.“ Wir nehmen von diesem Dementi Akt, obwohl unser Blatt die betreffende Mitteilung nicht gebracht hat.“

Ueber den Entwurf eines Ersatzgesetzes für das Sozialistengesetz sollen, wie es heißt, während der Ferien des Bundesraths vertrauliche Verhandlungen der Regierungen gepflogen werden, so daß bei dem Wiederversammlung des Bundesraths bereits eine Verständigung erzielt sein und die Vorlage frühzeitig an den Reichstag gebracht werden könnte.

Ueber die Verschärfung der Grenzkontrolle an der deutsch-schweizerischen Grenze giebt die „Konstanzer Ztg.“ eine Aufklärung, die sich wenigstens hören läßt. Danach sind diese Maßregeln nur vorübergehend und in keinem Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Deutschland und der Schweiz. Es handle sich um die verbotene Einschmuggelung sozialdemokratischer, in London gedruckter, über St. Gallen und die Bodenseebäfen vertriebener Schriften.

Die Gegner des jetzigen Reichstages können es kaum erwarten, daß das Mandat desselben abläuft und demgemäß die Neuwahlen angeordnet werden. Deshalb ihre immer wieder erneuerte Behauptung, es werde schon in diesem Herbst die Auflösung des Reichstages und Ausschreibung von Neuwahlen erfolgen, obwohl bei ein wenig Nachdenken Jeder sich selbst sagen könnte, daß doch wahrlich kein Grund vorliegt, einem Reichstage von so glänzend bewiesener Leistungsfähigkeit das Dasein ohne zwingendsten Grund vor der Zeit abzuschneiden. Und es wird auch den Gegnern außerordentlich schwer, diese große, erfolgreiche, schöpferische Wirksamkeit einfach mit den abgedroschenen Redensarten von der herrschenden Reaction abzutun. Das findet nachgerade bei den schlichtesten Wählern Widerspruch und Zurückweisung. Ein Vergleich der Leistungen des demnächst zu Ende gehenden Reichstages mit der Thätlosigkeit und Schaffensunfähigkeit der vorangegangenen muß aufs Ueberzeugendste lehren, daß nur eine Vollvertretung, wie die gegenwärtige, in welcher die positiven, zugleich erhaltenden und fortschreitenden und vor allen Dingen schöpferischen Reformen fähigen Elemente das Uebergewicht besitzen, die Gewähr bietet, daß unsere Reichseinrichtungen sich in gedeiblicher Weise entwickeln, anstatt einer unheilvollen Stagnation anheimzufallen. Das werden sich wohl auch die meisten Wähler sagen, wenn sie berufen werden, einen neuen Reichstag zu bilden.

Durch die Blätter ging jüngst die Nachricht, wonach zahlreiche preussische Offiziere die Pariser Weltausstellung hätten besuchen wollen — natürlich in Civil — daß aber der Kaiser, welcher aus Urlaubsgesuchen von dieser Absicht Kenntniß erhalten habe, den Offizieren den Besuch der Ausstellung streng verboten habe. Von anscheinend offiziöser Seite wird nun in der „Köln. Ztg.“ diese Nachricht in der vorliegenden Form als falsch bezeichnet, dagegen als richtig zugegeben, daß seit der Spionerie und dem Erlaß des Spionagegesetzes in Frankreich preussischen Offizieren überhaupt das Betreten Frankreichs streng verboten sei. Die deutsche Regierung habe als Beweis ihrer großen Friedensliebe diese Maßregeln getroffen, damit jede Gelegenheit genommen werde, die aus Anlaß jener französischen Krankheit zu einem ernstlichen Zwischenfalle führen könnte. — Daß den preussischen und deutschen Offizieren überhaupt nicht nur der Besuch der Pariser Weltausstellung, sondern auch jedes Betreten französischen Bodens nachdrücklich verboten worden ist, kann man gewiß nur voll billigen, denn zu welchen ernstlichen Zwischenfällen es führen könnte, wenn jenseits der Bogen ein deutscher Offizier als „Spion“ „aufgegriffen“ werden würde, braucht wohl kaum erst des Näheren ausgeführt zu werden. Uebrigens wird aus Paris schon wieder die Verhaftung eines deutschen Spions, Namens Paul Bonninger, gemeldet, der vermuthlich nichts weiter als ein harmloser und vielleicht etwas unvorsichtig aufgetretener deutscher Bergnützungsbeförderer ist.

Den Beweis, daß die gestiegenen Brodpreise den erhöhten Getreidezöllen nicht zuzuschreiben sind, erbringt der diesjährige Jahresbericht der Leipziger Gewerbestammer vollständig. Die Bäckerbesitzer äußern sich darüber wie folgt: „Als vor einigen Jahren die ersten Getreidezölle eingeführt wurden, waren dieselben nicht im Stande, das stetige Fallen der Getreidepreise aufzuhalten, so daß bis kurz vor Einführung der neuen Zölle Roggenmehl mit 8,50—8,75 M. pro Centner verkauft wurde und der Brodpreis durchgängig bis 9 Pf. pro Pfund — 8 Pf. an Wiederverkäufer — herunterging. Die neuesten Zölle hätten nun wohl ein weiteres Sinken der Getreidepreise aufgehalten, würden aber nach eingetretener Beruhigung der Börse eine direkte Erhöhung dieser Preise nicht bewirkt haben. Daß die Börse die Zollgerüchte und Zollverhandlungen zu einem Hinderniß von wenig Güte ausnützte, übte auf die Preise des Brodes gar keinen Einfluß aus. Eine wirkliche Steigerung trat erst dann ein, als nach allen Berichten nicht mehr daran zu zweifeln war, daß die Jahresernte hinter einer sogenannten Mittelente wesentlich zurückgeblieben war. Uebrigens haben wir wohl etwas erhöhte, aber keineswegs wirklich hohe Brodpreise, da hier und in der Umgegend 11 1/2 Pf. pro Pfund als Ausnahme zu betrachten ist, wogegen 11 und 10 1/2 Pf. pro Pfund die gewöhnlichen

Sätze sind.“ Die finanzielle Stellung der Bäcker gegenüber den höheren Brodpreisen anlangend, so wird weiter betont, daß diese sich gegenwärtig wesentlich ungünstiger gestaltet als früher, wo das Pfund Brod mit 2 Pf. billiger verkauft werden konnte. Es ist dies aber, wie schon erwähnt, nicht den Zöllen, sondern in der Hauptsache der geringen Ernte zuzuschreiben.

Das Programm des Besuches Sr. Maj. des Kaisers in England ist, der „Freif. Ztg.“ zufolge, endgiltig festgestellt, soweit die englischen Behörden in Betracht kommen. Kaiser Wilhelm wird fünf Tage in England zubringen, auf dem Landschloß Osborne am Abend des 2. August anlangen und am darauffolgenden Donnerstag früh wieder die Heimreise antreten. Die Inspektion der Flotte wird den ganzen Sonnabend in Anspruch nehmen. Die Königin von England wird an der Fahrt durch die in zwei Reihen aufgestellten Kriegsschiffe nicht theilnehmen, sondern von einem Pier aus dem großartigen Schauspiel zusehen. Am Sonntag ist Ruhetag. Montag wird den Dockyards und den Werften von Portsmouth gewidmet, am Dienstag geht's nach Aldershot und am Mittwoch zur Regatta in Cowes. Der Kaiser wird zum Ehrenmitglied des königl. Jagdgeschwaders ernannt werden. Er wird an einem Tage mit dem Prinzen von Wales im Schloß Osborne dinniren und ein zweites Mal mit dem Thronfolger und der Prinzessin an Bord der Yacht „Osborne“ speisen. Zu den Gästen, welche zur Revue erwartet werden, gehört der König von Griechenland und auch der Schah von Persien ist eingeladen worden.

Skandale über Ständele weisen die letzten Sitzungen der Deputirtenkammer in Frankreich auf. Am Freitag fand in den Wandelgängen eine unerhörte Prügelescene zwischen den Abg. Laur (Boulangist) und Thomson (Republikaner) statt. Laur hieb seinen Gegner mit einem Stock über den Rücken, und wurde darauf von Thomson mit einem Duzend kerniger Ohrfeigen bedacht, zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. Freunde des Ueberwundenen stürzten nun auf Thomson los, der ebenfalls Verstand erhielt, und die beste Schlägerei war im Gange, bis schließlich Laur seinem erbitterten Gegner entriß wurde. Man führte ihn zum Kammerarzt, der feststellte, daß er braun und blau geschlagen, aber nicht ernstlich verletzt war. Am Sonnabend wechselten Laur und Thomson zwei Kugeln auf gute Entfernung. Verletzt wurde niemand. Am Sonnabend wurde mit 304 gegen 229 Stimmen der Gesetzesantrag angenommen, daß jeder mit Gefängniß bestraft werden soll, der sich in mehr als einem Wahlkreis als Kandidat aufstellen läßt. Dieses gegen Boulangier gerichtete Ausnahmengesetz war aber einem Theile der Radikalen doch zu unrepublikanisch und sie stimmten mit den Monarchisten dagegen. Vor Schluß der Sitzung gab es dann neuen Lärm. Der Boulangist Le Herisse wurde wegen Widerstandes gegen die Anordnungen des Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen, weigerte sich aber, die Rednertribüne zu verlassen. Der Präsident rief darauf, was noch niemals damals dagewesen ist, den Kapitän der Kammerwache mit einem halben Duzend Soldaten in den Saal und der Offizier forderte mit gezogenem Degen den Widerspenstigen auf, die Tribüne zu räumen. Le Herisse antwortete, er werde nur der Gewalt weichen. Der Kapitän bestieg nunmehr die Rednertribüne, legte seine Hand auf Le Herisses Schulter und nun erst ließ dieser sich von den Soldaten aus dem Hause bringen. Durch diese Skandale ist die ursprünglich für letzten Sonnabend in Aussicht genommen gewesene Schließung der Kammeression auf die ersten Tage dieser Woche verlegt. Am Montag haben Boulangier und Genossen die Anklageschrift in ihrem Prozesse und die Vorladung vor den Senat als Staatsgerichtshof erhalten.

Paris, 17. Juli. Die Morgenblätter veröffentlichen die gegen Boulangier erhobene Anklageakte. Der Inhalt derselben entspricht den bereits aus dem „Temps“ gemeldeten Mittheilungen und zählt alle einzelnen dem Anklagen zur Last gelegten Handlungen auf, die derselbe vom Jahre 1882 ab, sowohl während seines Kommandos in Tunis, wie während seiner dienstlichen Thätigkeit in Paris und Clermont begangen haben soll. Insbesondere wird ihm die Aufwiegelung der Armee, sowie die Bestechung von Beamten zum Vorwurf gemacht. Sie beschuldigt Boulangier, seit 1882 seinem Ehrgeiz die Zügel schießen gelassen zu haben. Seit 1884 habe er abgetraute Leute als Geheimagenten unterhalten und Zeitungen beeinflusst. In seiner tunesischen Befehlshaberzeit habe er sich mit einem seiner Geheimagenten in ein Trinkgeld von 210 000 Franc getheilt, wofür er ein Kaffeepreparat zur Annahme für's Heer empfohlen habe. Als Kriegsminister habe er zur Unterstützung von Zeitungen 242 693 Franc verwendet, die er den Geheimagenten entnommen habe, aus denselben Mitteln habe er sich für 60 000 Franc neu einrichten lassen, dem von ihm gegründeten Offizierkasino 140 000 zugewendet, um Einfluß aufs Offiziercorps zu erlangen etc. Die Straßenunruhen im Juni 1887, die Lärmaustritte im Lyoner Bahnhofe und am 1887er Nationalfeste werden Boulangier zur Last gelegt, ebenso soll er in der bekannten geschichtlichen Nacht vom 2. Dezember 1887 den Marsch aufs Elysee geplant haben. Die Anklageschrift fragt, woher Boulangier das Geld nehme, findet aber keine Antwort; sie stellt bloß fest, daß Boulangier 1888 1275 eingeschriebene Briefe bekommen habe, darunter 118 aus dem Auslande, auch einen aus Deutschland. Schließlich soll er Soldaten zum Abfall vom Gehorsam verleitet haben, was dadurch bewiesen wird, daß eines Tages ein Unbekannter zwei Infanteristen in ein Wirthshaus geführt und ihnen beim Wein das Versprechen abgenommen habe, gegebenen Falls nicht auf Boulangisten zu schießen. Aus all diesen Gründen ist Boulangier mit Genossen der Verschwörung und des Anschlags mit einem Beginne zur Ausführung bezichtigt. Nach zweimaliger Zustellung in einem Abstände von je zehn Tagen